

AUSREISEZENTRUM

Willkommen im Lager



Blick zum Nachbarcontainer: Die bayerische "Ausreiseeinrichtung" ist von der benachbarten "normalen" Unterkunft für Asylsuchende durch einen zwei Meter hohen Zaun getrennt. (Fotos: Danièle Weber)

"Was ist ein Ausreisezentrum"? In Fürth bei Nürnberg feierte eine solche Einrichtung vor kurzem einjähriges Bestehen. Die Bilanz ist positiv, meint zumindest Bayerns Innenminister Kurt Beckstein. Das bayerische Pilotprojekt wurde bereits von mehreren Delegationen aus EU-Ländern besucht, es könnte europaweit Schule machen.

"Das ist kein Gefängnis", sagt der Beamte, den die bayerische Zentrale Rückführungsstelle Nordbayern geschickt hat, um die Journalistinnen herumzuführen. "Jeder kann kommen und gehen, wann er will." Trotzdem: Um das mit einem zwei Meter hohen Zaun umgebene Gelände der "Ausreiseeinrichtung" zu betreten, müssen wir ein graues, elektronisch gesichertes Metalldrehkreuz passieren - das sich erst öffnet, als der Pförtner hinter der Glasscheibe den Türöffner bedient.

Hinein kommt nur, wer einen Besucherschein hat, oder wer im gelben Containerbau wohnt. Zur Zeit sind das offiziell 42 Flüchtlinge aus westafrikanischen und ehemaligen GUS-Staaten. Hier "auf der grünen Wiese", in der Hafenstraße, Hausnummer 21, ein paar Kilometer vom Zentrum des kleinen fränkischen Städtchen Fürth entfernt, hat seit September vergangenen Jahres eines von derzeit sechs Ausreisezentren in Deutschland seinen Betrieb aufgenommen. Im stilidentischen Nachbarhaus sind Asylsuchende untergebracht. Ansonsten findet lediglich ein Teil der arbeitenden Fürther Bevölkerung den Weg ins abgelegene Industriegebiet.

Was die Bewohner der gut gesicherten "Ausreiseeinrichtung" verbindet: Ihr Asylantrag wurde von der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt, und: Sie haben keinen Pass. Für die Behörden stellt sich deshalb die fundamentale Frage: Wohin sollen diese abgelehnten Asylbewerber abgeschoben werden? Die Antwort soll nun im Flüchtlingsheim der neuen Art gefunden werden. Die "erste bayerische Ausreiseeinrichtung Fürth Hafenstraße" ist "zentrales Element" des INKA-Konzeptes (Integriertes neues Konzept für eine konsequente Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer in Bayern), wie sich im Konzeptpapier des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 30. August 2002 nachlesen lässt. Es ist die bayerische Antwort auf die "Besorgnis erregende Entwicklung", dass immer mehr abgelehnte Asylbewerber "einen Daueraufenthalt erreichen wollen, indem sie bei der Vorbereitung der Ausreise nicht mitwirken oder die Behörden täuschen".

Der "sicherste Weg, nach einer illegalen Einreise in Deutschland zu bleiben", sei "inzwischen nicht die Asylantragstellung als solche, sondern die Verschleierung der

Herkunft und Identität", heißt es im Konzeptpapier des Innenministeriums. Dieser letzte Ausweg soll nun versperrt werden - Ziel der Einrichtung in Fürth ist die "freiwillige Ausreise" derer, die dort eingewiesen wurden.

Der feine Unterschied

"Im Moment sind nur wenige hier", begrüßt uns der Pförtner des privaten Sicherheitsdienstes, der hier im Hause eine 24-Stunden-Bewachung garantiert. Er weiß es genau, denn die Bewohner müssen sich, wenn sie das Haus verlassen, bei ihm ordnungsgemäß abmelden. Im Erdgeschoss des einstöckigen Containerbaus regt sich nichts, nur vom Nebenhaus dringt ein Mix aus afrikanischen und orientalischen Klängen herüber. Im ersten Stock treffen wir eine Handvoll Männer - mit ihnen dürfen wir jedoch nicht reden; "um die Intimsphäre zu schützen" sind Interviews innerhalb des Hauses nicht erlaubt.

"Die Unterbringung unterscheidet sich nicht von einer normalen staatlichen Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende", betont der Beamte. Eine Information, durch die das trostlose Interieur der Einrichtung an der Hafens-

straße keineswegs unter einem besseren Licht erscheint. Pro Zimmer stehen auf zwölf Quadratmetern zwei Betten, ein Tisch, zwei kleine Spinde und zwei Stühle. Hier werden in der Regel zwei Flüchtlinge untergebracht. Pro Monat gibt es 40 Euro Taschengeld, vorausgesetzt, man hat sich nichts zu Schulden kommen lassen. Denn die "Kürzung des Taschengeldes bei fortgesetzter Verweigerung der Mitwirkung" ist explizit im Konzept vorgesehen. Ein Druckmittel, auf das ebenfalls in "normalen" Sammelunterkünften zurückgegriffen wird, wie uns der Beamte beschwichtigend erklärt. Die Möglichkeit, selbst für mehr Unterhalt zu sorgen, gibt es nicht, denn das "Verbot der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit" ist ebenfalls im Maßnahmenkatalog des bayerischen Innenministeriums aufgeführt.

Neben Zaun und Drehkreuz gibt es weitere Unterschiede zu den üblichen Unterkünften von AsylbewerberInnen. Im Gegensatz zum Nachbarhaus fehlen die Satellitenschüsseln an den Fenstern des Containerbaus der Ausreiseeinrichtung. Auf den Zimmern herrscht Fernsehverbot. "Aus Sicherheitsgründen", sagt der Beamte und zeigt uns das

"Fernsehzimmer" - ein normales Doppelzimmer, in dem auf dem kleinen Tisch zwischen den beiden Liegen ein Fernseher steht.

Eine weitere Besonderheit im Ausreisezentrum: Die Essenspakete werden hier täglich und nicht wie in anderen Unterkünften wöchentlich oder monatlich verteilt - eine Maßnahme zur "Sicherstellung regelmäßiger Anwesenheit", lautet die Erklärung im Papier des Innenministeriums. Der Pförtner öffnet eins der Pakete, die er zwischen neun und elf verteilt: Margarine, Haferflocken, Milch, Öl, Spaghettis, Ketchup und ein Joghurtbecher "Schlemmer-Ecke" - Wasser und Tee können jederzeit abgeholt werden.

Tägliche Kontrolle

Ganz vorne im schmalen Gang, direkt neben der Eingangstür, befindet sich jedoch das "Kernstück des neuen Konzeptes" einer Ausreiseeinrichtung nach bayerischem Vorbild: die Befragungszimmer. Auf dem einzigen Stuhl vor dem schlichten Pult nehmen zwei bis drei Mal die Woche Flüchtlinge Platz, um den Mitarbeitern der Zentralen Rückführungsstelle Rede und Antwort zu stehen. Oberregierungsrat Christoph Hammer beschreibt die Zielrichtung dieser Interviews: Durch regelmäßige Befragungen wolle man "die betreffenden Personen davon überzeugen, ihre Verweigerungshaltung aufzugeben und ihrer Ausreisepflicht nachzukommen". Selbstverständlich ginge es dabei auch darum, die Identität der Flüchtlinge zu klären, so Hammer. Zudem wolle man durch spezifische Qualifizierungsmaßnahmen Perspektiven im Heimatland aufzeigen.

Welches Potenzial in solchen Verhören steckt, zeigt ein Beispiel aus Rheinland-Pfalz. Im Ausreisezentrum in Trier wurden im Juni dieses Jahres abgelehnte chinesische Asylbewerber hinter verschlossenen Türen von chinesischen "Experten" verhört. Darüber, ob es sich um aus China angereiste Polizisten oder Botschaftsmitarbeiter handelte, schwieg sich das Mainzer Innenministerium aus. "Die Maßnahme" entspreche "den Gepflogenheiten im konsularischen Verkehr und stellt keinerlei Besonderheit dar", schrieb Innenminister Walter Zuber am 15. Juli dem Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz, der sich zuvor beschwert hatte. Rund 850 solcher Vorführungen zum Nachweis der Identität soll es in der Trierer Stelle im Jahr 2002 gegeben haben.

Bei der Suche nach Identitätsnachweisen oder "Glaubhaftmachungsmitteln im Besitz der Bewohner" wie Führerscheine, Briefe oder Telefonkarten ist auch die Durchsuchung der Zimmer "als ultima ratio" im bayerischen Konzept vorgesehen. "Wir haben in Fürth bislang keine Durchsuchungen vorgenommen", versichern die Fürther Beamten. Dass bislang nur Schwarzafrikaner und Angehörige der ehemaligen GUS-Staaten hier sind, hat etwas mit den "Sprachkompeten-

zen" der Befragter zu tun. Im Dienst der Rückführungsstelle stehen deshalb nun auch einige Aussiedler aus dem Osten, denen man aufgrund ihrer Deutschstämmigkeit eine legale Aufenthaltsgenehmigung ausgehändigt hat. Ihre Landeskunde kommt den Behörden zugute. Sie können den Flüchtlingen am besten klarmachen, worum es geht: Ein weiterer Aufenthalt wird in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr geduldet.

Diese Botschaft ist offensichtlich bei so manchem der Betroffenen auch ohne Verhör angekommen. Nach Fürth wurden 110 Personen eingewiesen, 45 sind aber gar nicht erst in der Hafestraße erschienen. Sie seien "untergetaucht oder unbekanntes Aufenthaltes", gibt Innenminister Günther Beckstein an, als er am 10. September nach einem Jahr Ausreiseeinrichtung Fürth "eine positive Bilanz" zieht. Wenn sie trotz "hoher Kontrolldichte" nicht aufgegriffen wurden, spreche "einiges dafür, dass ein Großteil dieser Personen Bayern und Deutschland verlassen hat", freut sich Beckstein.

Woher der Innenminister diese Gewissheit nimmt, bleibt sein Geheimnis. Verschiedenen Schätzungen zufolge leben beispielsweise allein in München bis zu 50.000, in ganz Deutschland sollen es

bis zu einer Million "Illegale" sein. Die 17 Personen, bei denen innerhalb des ersten Jahres "die Ausreiseverpflichtung durchgesetzt" wurde, wertet Beckstein ebenfalls als Erfolg seines "innovativen Rückführungsmanagements".

Illegal egal

Eine Neuerung, die europaweit nicht nur die Kritik von Menschenrechtsorganisationen auf sich zog, auch die Behörden anderer EU-Staaten zeigen Interesse. Delegationen aus Portugal, Spanien und den skandinavischen Ländern haben die Einrichtung in Fürth besucht. In Deutschland wird das Konzept trotz massiver Kritik von Kirchen, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen in mehreren Bundesländern weiter verfolgt. Dem neuen Zuwanderungsgesetz nach, das möglicherweise noch dieses Jahr in Kraft treten wird, "sind die Bundesländer ermächtigt, solche Ausreisezentren einzurichten", bestätigt auch der Präsident des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Albert Schmid.

Seine Behörde, im klobigen Bau einer ehemaligen SS-Kaserne in der Nürnberger Frankenstraße untergebracht, führt Buch über die Flüchtlingszahlen in Deutschland. "Die Anzahl der Asylbewerber



ist massiv zurückgegangen", berichtet Schmid. Waren es in den 90er Jahren noch rund 400.000, die jährlich Asyl beantragten, werden für 2003 rund 60.000 erwartet. Nun müsse man, so Schmid, "der

Rückkehr größere Aufmerksamkeit widmen". Auch er nennt die "Identitätsverschleierung" als Hauptproblem, die Ausreise der abgewiesenen Flüchtlinge durchzusetzen. "Wer politisch ver-

folgt wird, muss auch den Mut haben, zu seiner Identität zu stehen", so der SPD-Politiker.

Was dabei herauskommen kann, konnte Dimitri Olenin erfahren. Sein Fall wird immer wieder von den Flüchtlingsorganisationen zitiert: Olenin, ein russischer Flüchtling, der unter dem Vorwurf der Identitätsverschleierung nach Fürth eingewiesen wurde, war 1992 nach Deutschland geflüchtet, nachdem er als Soldat der russischen Armee einen Marschbefehl nach Armenien und Aserbaidschan erhalten hatte. Er stellte einen Asylantrag und gab dabei Namen und Herkunft von Anfang an korrekt an. Da er jedoch seinen Pass bei der Armee abgeben musste, konnte er seine Identität nicht beweisen. Das wiederum veranlasste die deutschen Behörden, seinen Asylantrag abzulehnen. Die Botschaft, die sich zuvor geweigert hatte, dem Deserteur neue Papiere auszustellen, übergab die notwendigen Dokumente schließlich im April 2003 überraschenderweise an die Ausländerbehörde, im Mai wurde Olenin abgeschoben.

Nun zählt er zu den "erfolgreichen" Fällen des Fürther Ausreisezentrums. Mag sein, dass die Tatsache, dass Olenin sich in Flüchtlingsorganisationen engagierte und die Öffentlichkeit regelmäßig über die menschenunwürdigen Zustände in der Einrich-

tung informierte, für die Behörden nicht ohne Bedeutung war. Man legt, wie der Beamte in der Hafestraße betont, "Wert auf eine gewisse Ordnung". Und auf eine gewisse Kontrolle. Auch wenn es sich, wie die Verantwortlichen immer wieder unterstreichen, keineswegs um ein Gefängnis handele. Bleibt nicht nur die Frage, wieso das graue Dreikreuz Bewohnern wie Besuchern den freien Ein- und Ausgang verwehrt. Die, die drinnen wohnen, scheinen ihren Alltag anders zu sehen. An jeder zweiten Tür der kargen Zimmer im Containerbau prangt ein Aufkleber auf dem groß "Deutschland - Lagerland" steht.

Danièle Weber

PROTEST

"Das Lagersystem abschaffen"

Mitte September riefen Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen die "Action Days" gegen (Abschiebe-) Lager in Fürth aus. Wir sprachen mit Alexander Thal von "res publica".

Bayerns Innenminister Günther Beckstein zieht nach einem Jahr eine positive Bilanz der Ausreiseeinrichtung in Fürth. Teilen Sie diese Einschätzung?

Diese Bilanz ist eine Unverschämtheit. Beckstein verkauft die Tatsache, dass die Hälfte der Flüchtlinge in die Illegalität untergetaucht sind, als großen Erfolg. Das kann man nicht machen in einem Land, das sich als Demokratie versteht und sich auf die Men-

schenrechte beruft. Wir können doch nicht Flüchtlinge in die Illegalität treiben, in die absolute Rechtlosigkeit und sie dann polizeilich dafür verfolgen.

Welches sind Ihrer Meinung nach die Ziele der Ausreiseeinrichtung?

Die Ziele sind recht eindeutig: Weil man die Flüchtlinge nicht abschieben kann, sollen sie zu einer so genannten freiwilligen Ausreise gezwungen werden. Die Leute sollen so

lange fertig gemacht werden, bis sie verschwinden. Diese Menschen leben, wie hier in Fürth, völlig isoliert irgendwo am Stadtrand. Sie können das Lager zwar verlassen, dürfen sich aber nur im Stadtgebiet Fürth aufhalten. Da sie keine Ausweispapiere haben, verstoßen sie, sobald sie von der Polizei kontrolliert werden, gegen die Ausweispflicht und müssen Bußgelder bezahlen. Da sie aber kein Geld kriegen, können sie die Bußgelder nicht bezahlen und landen zum Schluss in der Ersatzfreiheitsstrafe ...

Die Behörden sagen, das Hauptproblem bestehe darin, dass die Flüchtlinge selbst ihre Identität verschleiern.

Ich glaube nicht, dass die meisten Flüchtlinge ihre Identität verschleiern, viele haben faktisch keine Papiere, sie sind ohne Pässe nach Deutschland gekommen. Es gibt jedoch auch Menschen, die ihre Papiere vernichten, um ihre Abschiebung zu verhindern. Ich würde das als einen Akt der Zivilcourage bezeichnen - denn es kann nicht sein, dass wir Menschen z.B. in Diktaturen, wie Togo oder nach Sierra Leone, nach Liberia abschieben.

Es gibt durchaus auch Flüchtlinge, die ihre Identität angeben. Das ändert jedoch nichts. Ein Beispiel: Ein Flüchtling, der noch zu Zeiten der Sowjetunion aus Estland



Alexander Thal von "res publica"

geflüchtet ist, wurde jetzt nach Fürth eingewiesen. Über seine Identität bestehen keine Zweifel. Doch weder Estland noch Russland will ihn zurücknehmen. Estland weigert sich, weil er in Sibirien geboren ist und Russland will nicht, weil er aus Estland geflüchtet ist. Er ist nun derjenige, der in dem Zwiespalt steckt und der es ertragen muss, in diesem Lager zu sitzen.

Was kritisieren Sie noch an den Ausreisezentren?

Der Aufenthalt in Ausreisezentren ist, im Gegensatz zur Abschiebehaft, unbegrenzt. Die Flüchtlinge haben nur die legale Möglichkeit das Lager zu verlassen, wenn sie freiwillig ausreisen oder abgeschoben werden. Zudem ist die Einweisung der Flüchtlinge in das Ausreisezentrum ein sehr

massiver Einschnitt. Sie werden aus ihrem gewohnten Umfeld herausgerissen, zum Teil werden sie gezwungen, ihre Arbeit aufzugeben.

Die Verantwortlichen betonen, dass sie den Flüchtlingen durch Ausbildungsprogramme Perspektiven aufzeigen wollen.

Diese Angebote zur Unterstützung der Rückkehr sind für uns eigentlich nur ein Feigenblatt. Tatsächlich kann die nur in Anspruch nehmen, wer sich vorher zur Ausreise bereit erklärt hat.

Was wollen Sie mit Ihrem Protest erreichen?

Es geht nicht allein um das Ausreiselager in Fürth. Unser Protest richtet sich gegen die Abschiebehaft, gegen die Abschiebungen in aller Herren Länder, in alle Diktaturen auf dieser Welt. Und er richtet sich gegen das deutsche Lagersystem. Die Flüchtlinge werden hierzulande von ihrer Einreise an in Lagern untergebracht, nur die Allerwenigsten haben die Möglichkeit, dort wieder herauszukommen. Wir wollen diese Lagerunterbringung von Flüchtlingen in Deutschland abschaffen.

Interview: Gabriele Reitermann und Danièle Weber



GegnerInnen des Ausreisezentrums in Fürth.